

Pressemitteilung

16. Januar 2018

INSM-Diskussionsveranstaltung Rolle rückwärts bei der Rente

Wie kann man Altersarmut reduzieren und denen im Alter mehr geben, die während ihrer Erwerbszeit viel geleistet haben? Union und SPD wollen das – laut des aktuellen Sondierungsergebnisses – mit einer Grundrente erreichen. Wer mehr als 35 Jahre an Beitragszeiten oder Zeiten der Kindererziehung bzw. Pflegezeiten aufweisen kann, soll mindestens 10 Prozent mehr als die gesetzliche Grundsicherung bekommen.

Berlin - Bei einer Dialogveranstaltung der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) wurde heute Vormittag in Berlin diskutiert, ob die sogenannte Grundrente gerecht ist und dem Problem der Altersarmut angemessen entgegenwirkt. **Prof. Dr. Christian Hagist**, Inhaber des Lehrstuhls für Generationenübergreifende Wirtschaftspolitik, stellte seine aktuellen Berechnungen für die INSM vor und **Peter Weiß** MdB (Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion) erläuterte den Standpunkt der Union zum erzielten Kompromiss.

Prof. Hagist: „Die Grundrente schafft neue Ungerechtigkeiten. Sie untergräbt das Äquivalenzprinzip und somit die Akzeptanz der gesetzlichen Rentenversicherung. Anstatt teure und ineffiziente Maßnahmen zu ergreifen, sollte sich die Koalition besser um eine Verbreiterung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge bemühen.“

Peter Weiß, MdB: „Wir wollen in der Alterssicherung die belohnen, die langjährig, konsequent vorgesorgt haben. Einer der wichtigsten Beiträge zur Bekämpfung künftiger Altersarmut, ist die Pflicht auch für Selbständige angemessen und insolvenzsicher vorzusorgen. Sie können dabei wählen, ob sie in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, oder ein vergleichbares privates Angebot nutzen wollen.“

Hubertus Pellengahr: „Die geplante Rentenpolitik der großen Koalition ist eine weitere Rolle rückwärts, die kein einziges Problem der Rentenversicherung löst, sondern nur weitere schafft. Die Mütterrente und die Festschreibung des Rentenniveaus belastet in Zukunft vor allem diejenigen, die heute noch nicht wählen dürfen. Wer Altersarmut nachhaltig reduzieren will, muss dafür sorgen, dass sich private und betriebliche Vorsorge für alle lohnt und unser Arbeitsmarkt auch in Zukunft fit bleibt und möglichst vielen Menschen Arbeit gibt.“

Mehr zum Thema Rente und demografischer Wandel finden Sie unter www.insm.de

Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877-174; hennet@insm.de